Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 08.10.2026 **Drucksache** 19/**13898**

Antrag

der Abgeordneten **Ruth Müller, Holger Grießhammer, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Arif Taşdelen, Markus Rinderspacher, Nicole Bäumler, Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Sabine Gross, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Ruth Waldmann, Katja Weitzel SPD**

Mehr Regionales auf die Teller der Schulen und staatlichen Kantinen – Verlässliche Absatzmärkte für Bayerns Landwirtschaft schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der erheblichen wirtschaftlichen Belastungen vieler landwirtschaftlicher Betriebe durch Hitze, Trockenheit und Ertragsausfälle im Jahr 2026, die regionalen Absatzmärkte für bayerische Lebensmittel kurzfristig zu stärken und dauerhaft auszubauen.

Dazu soll die Staatsregierung insbesondere

– den Ministerratsbeschluss 2020 zur Stärkung regionaler und ökologischer Lebensmittel in staatlichen Kantinen vollständig umsetzen und den Anteil regionaler Lebensmittel weiter erhöhen,

– gemeinsam mit den Kommunen darauf hinwirken, dass auch in Schulen, Kitas, Krankenhäusern sowie Senioren- und Pflegeeinrichtungen deutlich mehr regionale und heimische Lebensmittel eingesetzt werden,

– regionale Liefer-, Vermarktungs- und Logistikstrukturen ausbauen und Erzeuger, Verarbeiter und Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung besser miteinander vernetzen,

– bayerische Molkereien, Mühlen, Metzgereien, Schlachtstätten und weitere regionale Verarbeitungsbetriebe gezielt dabei unterstützen, Teil regionaler Lieferketten für die Gemeinschaftsverpflegung zu werden,

– kleinen und mittelständischen Betrieben den Zugang zur öffentlichen Beschaffung erleichtern, insbesondere durch Beratung, geeignete Ausschreibungsverfahren und eine stärkere Aufteilung von Aufträgen,

– die notwendigen Investitionen in Lagerung, Kühlung, Verarbeitung, Bündelung und Transport regionaler Lebensmittel stärker fördern,

– für eine verständliche und verlässliche Herkunftskennzeichnung sorgen und in staatlichen Kantinen transparent machen, woher die eingesetzten Lebensmittel stammen.

Begründung:

Die extreme Hitze und Trockenheit des Jahres 2026 hat die wirtschaftlich ohnehin angespannte Situation vieler landwirtschaftlicher Betriebe weiter verschärft. Nach Berechnungen des Deutschen Raiffeisenverbands gingen seit Mitte Juni bundesweit rund drei

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Millionen Tonnen Getreide und Raps durch die Hitze verloren. Die daraus resultierenden Einnahmeverluste werden allein für diese Kulturen auf mehr als 600 Mio. Euro geschätzt. Bayern zählt zu den besonders von Trockenheit und Hitze betroffenen Regionen. Auch Grünland und Futterbau leiden massiv: In einer Umfrage des Bayerischen Bauernverbands bewerteten Anfang August knapp 80 Prozent der Betriebe den Zustand ihres Grünlands als mangelhaft oder ungenügend.

Neben kurzfristigen Hilfen brauchen die Betriebe deshalb vor allem verlässliche Absatzmöglichkeiten und stabile regionale Wertschöpfungsketten. Auch der Bayerische Bauernverband fordert in seinem Sofortprogramm Landwirtschaft 2026 ausdrücklich, regionale Absatzmärkte als konkrete wirtschaftliche Unterstützung für die Landwirtschaft zu stärken. Ein großes bislang nicht ausgeschöpftes Potenzial liegt in der Gemeinschaftsverpflegung.

Die Staatsregierung selbst hat bereits im Januar 2020 beschlossen, dass bis 2025 in allen staatlichen Kantinen mindestens 50 Prozent der Waren aus regionaler oder biologischer Erzeugung stammen sollen. Dieses Ziel wurde jedoch nicht vollständig erreicht: Nach den jüngsten Angaben des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus erfüllten 2025 82 von 91 bewirtschafteten staatlichen Kantinen die Vorgabe. Gerade der Freistaat muss deshalb zunächst seiner eigenen Vorbildfunktion vollständig gerecht werden.

Gleichzeitig reicht es nicht, bei den staatlichen Behörden stehen zu bleiben. Jeden Tag werden in Schulen, Kindertageseinrichtungen, Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und anderen Einrichtungen große Mengen Lebensmittel benötigt. Diese Nachfrage kann stärker genutzt werden, um bayerischen Landwirtinnen und Landwirten, dem Lebensmittelhandwerk und regionalen Verarbeitungsbetrieben planbare Absatzmöglichkeiten zu eröffnen.

Dabei geht es nicht darum, einzelnen Einrichtungen schlicht höhere Vorgaben aufzuerlegen. Häufig fehlen geeignete Lieferstrukturen, ausreichend große gebündelte Mengen oder Ansprechpartner zwischen Erzeugern und Küchen. Der Freistaat muss deshalb stärker unterstützen, vernetzen und gemeinsam mit Kommunen, Landwirtschaft und Lebensmittelwirtschaft funktionierende regionale Lieferketten aufbauen.

So bleibt mehr Wertschöpfung in der Region, heimische Betriebe erhalten verlässliche Absatzmöglichkeiten und öffentliche Einrichtungen bekommen hochwertige Lebensmittel mit nachvollziehbarer Herkunft. Gerade angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage der Landwirtschaft im Hitzejahr 2026 ist es sinnvoll, die erhebliche öffentliche Nachfrage gezielt für die Stärkung regionaler Strukturen zu nutzen.